



Alternative Liste

Susi Stühlinger | Webergasse 5 | 8200 Schaffhausen

An den
Präsidenten des Kantonsrates
Walter Hotz
Regierungsgebäude
Beckenstube 7
8200 Schaffhausen

Schaffhausen, 5. November 2018

POSTULAT 2018/8

Aufnahme von mindestens 3'000 Resettlement-Flüchtlingen in der Schweiz

Der Regierungsrat wird beauftragt, sich beim Bund für die Aufnahme von mind. 3'000 besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen in der Schweiz einzusetzen und gleichzeitig Bereitschaft zu signalisieren, selber einen Teil der Flüchtlinge im Kanton aufnehmen zu wollen. Die Resettlement-Flüchtlinge sind innerhalb von zwei Jahren einzufliegen. Zudem wird der Regierungsrat eingeladen, sich für sichere Fluchtrouten nach Europa einzusetzen.

Begründung:

In der Menschheitsgeschichte waren noch nie so viele Menschen auf der Flucht wie heute. Ende 2017 waren es 68.5 Millionen. Damit ist einer von 110 Menschen weltweit von Flucht und Vertreibung betroffen. Etwas mehr als die Hälfte der Flüchtlinge sind Kinder unter 18 Jahren. Im Durchschnitt fliehen pro Tag 44'400 Menschen aufgrund von Konflikten und Verfolgung.

Statt mit Solidarität begegnet Europa den Flüchtlingen mit Abwehr. In den vergangenen Monaten wurden kilometerweit Stacheldraht verlegt und Grenzzäune verlegt. Nach der Schliessung der so genannten Balkanroute im Frühling 2016 hat Europa die Flüchtlingsabwehr im Mittelmeer militarisiert und tausende Flüchtlinge in die Folterlager nach Libyen zurückgeschifft. Dabei werden nicht nur europäische Werte über Bord geworfen, sondern auch internationales Recht gebrochen. Flucht und Migration werden zunehmend kriminalisiert, die Rechte der Geflüchteten übergangen und immer stärker ausgehöhlt. Dies gilt auch für die privaten Seenotretter/innen, die versuchen, Menschenleben zu retten. Das fatale Resultat: Bereits rund 1'500 Menschen sind dieses Jahr bei ihrem Versuch, Europa zu erreichen, im Mittelmeer ertrunken. Dies ist jede/r siebte, der/die die Überfahrt gewagt hat! Die Situation ist grotesk: Es kommen immer weniger Menschen in Europa an, aber die Zahl der Todesfälle steigt dramatisch. Das Mittelmeer ist damit weltweit die tödlichste Seeroute. Eine Schande für Europa. Ein Verbrechen.

Mit Repression wird die so genannte Flüchtlingskrise nicht abzuwenden sein. Das rigorose Fluchtabwehrregime löst keine Probleme, sie erhöht lediglich die Toten an den Grenzen Europas. Es tut Not, den Geflüchteten legale und sichere Fluchtrouten zu ermöglichen. Eine Möglichkeit bietet das Resettlement-Programm des UNHCR. Das Prinzip: Besonders schutzbedürftige Flüchtlinge werden aus dem Erstzufluchtstaat in einen Resettlement-Staat ausgeflogen und dürfen sich dort dauerhaft niederlassen. Dank Resettlement erhalten Menschen Zugang zu Sicherheit und Schutz, die sonst keine Möglichkeit gehabt hätten, anderswo Asyl zu beantragen. Dazu zählen in erster Linie Frauen, Kinder und Kranke. Resettlement schützt die Betroffenen vor den Risiken der gefährlichen, irregulären Flucht.

Die Schweiz rühmt sich für ihre humanitäre Tradition. In der Tat hat die Schweiz seit den 1950er Jahren regelmässig im Rahmen von UNHCR-Aktionen Flüchtlingsgruppen aufgenommen (Ungarn, Tibet, Indochina, Chile, Irak, Sudan, Tunesien und Ex-Jugoslawien). Nach einem längeren Unterbruch beschloss der Bundesrat 2013 aufgrund der humanitären Krise in Syrien, erneut Gruppen von schutzbedürftigen Flüchtlingen aufzunehmen. In diesem Rahmen haben rund 1'500 Flüchtlinge über Resettlement in der Schweiz Schutz gefunden. Im Dezember 2016 hat der Bundesrat entschieden, weitere 2'000 Flüchtlinge im Rahmen eines Resettlement-Programms aufzunehmen. Und im Dezember 2017 erklärte sich die Schweiz bereit, 80 Flüchtlinge aufzunehmen, die das UNHCR aus ihrer prekären Lage in Libyen evakuiert hat.

Auch der Kanton Schaffhausen hat sich an den Resettlement-Programmen der vergangenen Jahre beteiligt. Aber die Zahl der über diesen Weg geretteten Personen steht in keinem Verhältnis zum Ausmass der Flüchtlingskrise und der katastrophalen Lage der Flüchtlinge in Libyen und anderswo. Die Schweiz könnte und muss weit mehr tun. Dies umso mehr, als in der Schweiz so wenige Asylgesuche zu verzeichnen sind wie schon lange nicht mehr. Im vergangenen Jahr wurden in der Schweiz 18'088 Asylgesuche registriert. Dies sind rund ein Drittel weniger als im Vorjahr. Es ist zudem der tiefste Wert seit dem Jahr 2010. 2018 dürften noch weniger Asylgesuche zu verzeichnen sein. Die Schweiz hat Platz und die Mittel, mehr Verantwortung für den Schutz besonders verletzlicher Flüchtlinge zu übernehmen und ihre humanitäre Tradition zu leben. Deshalb wird der Regierungsrat eingeladen, sich beim Bund für die Aufnahme von weiteren mindestens 3'000 Resettlement-Flüchtlingen einzusetzen und selber einen Teil davon zu übernehmen. Zudem wird der Regierungsrat eingeladen, beim Bund sowie weiteren Organisationen dafür einzusetzen, dass sichere Fluchtwege nach Europa geschaffen werden.

Susi Stühlinger



ANNA

S. Lacher

Gregor

Linda

Eva Neumann

Heute Gabriele Heinze

P. Portmann

Dolores Müller

M. J. Müller